3

Sozialistische Beiträge **Köln - Bonn**

Zur Bundestagswahl – Regierungserklärung – Arbeiterbewegung im Kapitalismus
Südafrika – Rhodesien – Mitbestimmung oder Selbstbestimmung – „Kürbiskerne"
Hauss: Offener Brief an Willy Brandt – Vietnam und die Intellektuellen

pacit

0,50 DM

Zum Krieg in Vietnam

Die Vietkong sind eine nationale und soziale Befreiungsbewegung Südvietnams, die vor allem von der Landbevölkerung und der städtischen Intelligenz getragen wird. Sie sind politisch organisiert in einer „Nationalen Befreiungsfront", in der es neben den (in der Führung) dominierenden Kommunisten auch starke bürgerliche und nationale Gruppierungen gibt. Erst die Tatsache, daß die USA mit der ganzen Übermacht ihres technischen Potentials in den Krieg eingegriffen und ihn auf Nordvietnam ausgedehnt haben, droht die Vietnamesen unter den traditionell gefürchteten Einfluß Chinas zu zwingen. Die amerikanische Intervention erhöht die Gefahr eines großen Krieges in Asien, der leicht zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Zugleich werden hier die Grundlagen für einen Rassenkonflikt gelegt, dessen Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind.

- Eine halbe Million Menschenleben hat der zweite Vietnamkrieg nach vorsichtigen Schätzungen bereits gefordert.
- 160 000 Zivilisten sind allein zwischen 1961 und 1964 umgekommen.
- Folterungen und Gefangenenmord sind seit Jahren an der Tagesordnung.
- Tausende von Siedlungen wurden vernichtet, ihre Einwohner getötet oder in sogenannte Wehrdörfer deportiert, die nichts anderes als Konzentrationslager sind.
- Napalmbomben, Giftchemikalien und neuartige Vernichtungswaffen treffen in wachsendem Ausmaße die Zivilbevölkerung.
- Durch diese moderne Strategie der Verbrannten Erde droht sich hier der Tatbestand des Völkermords zu erfüllen.

Angesichts dieser Tatsachen distanzieren wir uns von der moralischen und finanziellen Unterstützung des Vietnamkrieges durch die Bundesregierung. Wir begrüßen die Forderungen Frankreichs und der blockfreien Länder nach Einstellung der Luftangriffe und Regelung des Konflikts auf der Basis der Genfer Vereinbarungen. Wir schließen uns den 5000 amerikanischen Professoren und Dozenten an, die für die sofortige Beendigung des Krieges und für die Neutralisierung ganz Vietnams eintreten.

Wir solidarisieren uns mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, deren Sprecher, Nobelpreisträger Martin Luther King, zu Demonstrationen für den Frieden in Vietnam aufgerufen hat.

Wir appellieren an alle Demokraten in der Bundesrepublik, diese Erklärung und ihre politischen Forderungen zu unterstützen und in die Öffentlichkeit zu tragen.
Unterzeichner: Carl Amery, Günther Anders, Ernst Bloch, Heinrich Böll, Hans Magnus Enzensberger, Erich Fried, Walter Jens, Uwe Johnson, Erich Kästner, Wolfgang Neuss, Harry Pross, Peter Rühmkopf, Paul Schallück, Wolfdietrich Schnurre, Gerhard Schoenberner, Martin Walser, Peter Weiss, Wolfgang Weyrauch, Ingeborg Bachmann u. a.

Außerdem unterzeichneten über hundert Wissenschaftler, Dozenten und Assistenten der Universitäten Berlin, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Marburg und München.

Auszug aus der „Erklärung über den Krieg in Vietnam", konkret 12. 65

Herausgegeben vom SDS Köln und Bonn
Verantwortlich: Enno Bussmann
Anschrift der Redaktion: Gunnar Matthiessen, 5 Köln-Dellbrück, Anemonenweg 8
Vertrieb: Willi Meeger, 5 Köln-Sülz, Schleidener Straße 12
Anzeigen: Karl-Heinz Rüpprich, 5 Köln-Weidenpesch, Scheinerstraße 58
Umbruch: Gisela Imhorst
Druck: Druckerei Monheim, Köln
„facit" erscheint fünfmal im Jahr
Jahresabonnement 2,– DM und Zustellgebühr

. . . denn alle Macht lag beim Volke

„35 Prozent des Wählervolkes . . . die CSU nicht kennen – die Partei, die ihren Staat seit 16 Jahren mitregiert; 41 Prozent . . . wissen nicht, ob sich an der Politik der Sozialdemokraten etwas geändert hat . . . Rund 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung kennen die Hallstein-Doktrin nicht . . . Von den restlichen 30 Prozent halten nicht wenige diese Doktrin für eine ‚Lehre über das Gesundheitswesen' oder ‚das Gegenteil von Ulbricht'. Zwei Drittel der Wähler haben keine Vorstellung von den Notstandsgesetzen. Einige befürchten, nach Erlaß dieser Gesetze ‚möglichst viel spenden' zu müssen. Andere . . . mutmaßen, daß ‚die Elendsviertel abgerissen werden'. Und viele wissen nicht, wen sie wählen. Denn jeder fünfte glaubt, Franz-Josef Strauß . . . sitze noch immer in der Regierung. Jeder vierte wähnt dort sowohl Konrad Adenauer . . . als auch Heinrich Lübke . . . Millionen . . . halten . . . Berthold Beitz und . . . Hans Globke ebenso für Regierungsmitglieder wie den Bauernführer Edmund Rehwinkel und den SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt . . . zwölf Prozent der Männer, . . . 41 Prozent der Frauen geben an, Politik sei ihnen völlig gleichgültig . . . 41 Prozent der CSU-Wähler bekennen, Politik interessiere sie nicht im mindesten (Bundesdurchschnitt: 28 Prozent)." (Der Spiegel Nr. 38 vom 15. 9. 65)

Dieses Wählerporträt des SPIEGELS – sofern es nicht die Funktionsfähigkeit der heutigen parlamentarischen Demokratie in Frage stellt – ließ keine andere Entscheidung der Wähler als die vollzogene erwarten.

Demgegenüber erklärten die Verfechter der etablierten Koalition, es sei der „Wille des Volkes" gewesen, die Zusammenarbeit von CDU/CSU und FDP fortzusetzen. Sie unterstellten damit eine rationale Entscheidung, die jedoch mit den erwähnten Fakten über das politische Bewußtsein der wahlberechtigten Bevölkerung nicht in Einklang zu bringen ist. Tatsächlich ergaben dann auch sowohl die Analysen des „Wahlkampfes" einer Reihe von Verhaltensforschern als auch Einblicke in die Werbepraxis der Bundestagsparteien, daß der weitaus größte Teil der Wähler seine Stimme aus irrationalen Motiven abgab, wie es zudem bei einer Reklame für Parteien und insbesondere Spitzenkandidaten, die sich von der für Markenartikel kaum mehr unterschied, nicht verwundern kann. Und was gab es zu wählen angesichts einer Situation, die Professor Abendroth (Marburg) in einer Wahlbetrachtung in der „Stimme der Gemeinde" (Nr. 20 vom 15. Oktober 1965) „die akklamierte Stagnation" nannte: „Das Volk . . . war nur aufgerufen, durch die Schein-Aktivität der Wahlbeteiligung den bestehenden Machtverhältnissen die höheren Weihen angeblicher demokratischer Legitimation zu erteilen, ohne eine Chance zu besitzen, auf die politische Entwicklung in irgendeiner Weise Einfluß nehmen zu können." Denn „nur etablierte Parteien mit großem Apparat und erheblichen materiellen Mitteln" hatten von vornherein Aussicht auf Erfolg.

ANTIQUARIAT - HORST NIBBE

Europäische Klassik und Romantik - frühe Gesamtausgaben -
Erstausgaben des Expressionismus
Zeitschriften und Bücher der Avantgarde
Kunstbücher und illustrierte Bücher

Kolumbastraße 2 = An der Kolumbakirche

Die soziologisch orientierte Verhaltensforschung sieht in der „akklamierten" Verselbständigung der Parteiapparate ein Kennzeichen der sogenannten Industriegesellschaft, die einen Wert an sich besitzen soll. Würde stattdessen vom Begriff der Demokratie ausgegangen, die doch Volksherrschaft sein soll, müßte sich ein derartiges Verhalten als höchst kritisch erweisen. Denn da es unpolitisch, zunehmend sogar apolitisch ist, entfällt zwangsläufig das demokratische Element, weil dieses auf rationaler Einsicht als Voraussetzung echter Entscheidungen beruht. Fehlt sie, bleibt Demokratie weitgehend formale Konstruktion. Nimmt man die Form für den Inhalt, so läuft man Gefahr, die angebliche Niederlage der SPD ausschließlich auf einen Verlust an Politik zurückzuführen, darauf, daß die Partei keine Alternative anbot. Von einer innerorganisatorischen Opposition in Berlin wurde sogar berichtet, sie fordere in diesem Sinne ein „Zurück" zum „Godesberger Programm". Hierdurch wird die Vorstellung vermittelt, als funktioniere die Parteiendemokratie an sich exakt, als existiere noch das Wechselverhältnis zwischen Partei und Volk, wobei es lediglich auf die Ausformung „richtiger" Politik ankomme. Eine echte Alternative jedoch könnte nicht zuletzt mit verfassungskonformen Mitteln ausgeschaltet werden. Das Vorhandensein einer solchen Alternative würde nämlich eine „Dialektik der Demokratie" in Gang setzen, deren Ergebnis die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie wäre. So bliebe etwa als Alternative zur Westorientierung nur die nach Osten mit allen gesellschaftlichen Folgen, und es war schließlich das erklärte Ziel sozialdemokratischer Politik seit 1918, eine derartige Wendung der Arbeiterschaft zu verhindern. Mit Alternativen allein wäre es also etablierten Apparaten nicht möglich, in dieser Form zu bestehen; denn Wahlen zu gewinnen setzt höchste Werbewirksamkeit und Glamour voraus, was mit „richtiger" oder „falscher" Politik nichts zu tun hat. Ebensowenig kann man mit „demokratischer Reife" (Höcherl) eine bereits vorausberechnete Akklamation gleichsetzen.

Dies soll nicht heißen, daß es unter der Wählerschaft keine aufgeklärten Schichten gibt, die eine rationale Wahlentscheidung treffen. Es handelt sich jedoch nur um Randgruppen von wenigen Prozenten. Für die Mehrheit gelten Maßstäbe aus der Werbebranche in Verbindung mit Restbeständen deutscher Geschichtsideologie und einer immer noch starken religiösen Grundhaltung. So wäre zu prüfen, ob die Stimmengewinne der SPD in überwiegend katholischen Gebieten auch dann noch zu verzeichnen gewesen wären, wenn es einen exponierten katholischen CDU-Kanzler gegeben hätte. Umgekehrt, ob die hohen CDU-Erfolge in stärker evangelischen Regionen nicht auf die betont zur Schau gestellte protestantische Ethik Erhards zurückzuführen sind. Den Ausschlag für gerade diese Ergebnisse geben allerdings auch nur die erwähnten Randgruppen, wobei sie einmal in Nordrhein-Westfalen oder im Saargebiet möglicherweise aus religiösen Gründen gegen, in Niedersachsen sowie in den evangelischen Gebieten Baden-Württembergs aus ähnlichen Gründen für Erhard votierten. Allgemein jedoch dürfte der Prozentsatz der aus rationalen Überlegungen für SPD oder CDU/CSU abgegebenen Stimmen ziemlich gering sein.

Dies ist anders bei den Wählern der DFU, aber auch der NPD und teilweise der FDP. Da bei ihnen noch mehr oder weniger in sich geschlossene Konzepte, die von denen der großen Parteiapparate klar zu unterscheiden sind, – man denke an die der DFU einer- und der NPD andererseits – ihr Votum beeinflußten, entsprachen gerade sie dem demokratischen Anspruch, mit dem Wahlen in der Bundesrepublik verklärt werden, wenn sie auch infolge der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel und der staatlichen Parteienfinanzierung wenig Aussicht auf Erfolg haben konnten. Nicht die Akklamation der Parteiapparate, sondern die wenigen Prozent der negativ apostrophierten Splitterparteien bedeuten „demokratische Reife", die in der Bundesrepublik nur zu gering ist. In diesem Zusammenhang muß schließlich auch die Austauschbarkeit der Programme aller Bundestagsparteien gesehen werden, ebenso die Austauschbarkeit der Kabinettsmitglieder von Ressort zu Ressort – Lübke und Höcherl seien hier erwähnt. Diese Verselbständigung der Bundestagsparteien kann nicht mehr als demokratisch im Hinblick auf eine systematische Einflußnahme des Wählervolkes bezeichnet werden. Daß trotz all dieser antidemokratischen Tendenzen eine scheinbare Zustimmung zur Herrschaft der Apparate erfolgte, liegt an den permanenten Werbefeldzügen, denen die große Masse der Wähler hilflos ausgeliefert ist. Sie konsumieren heute „Puschkin" ebenso unkritisch, wie sie sich morgen SPD leisten. Die eingangs geschilderte Bewußtseinsanalyse liefert dafür nur die Bestätigung. Obschon sie die einzigen Alternativen anboten, hatten nicht etatisierte Parteien unter diesen Umständen keine Chancen, erheblich höhere Anteile zu erhalten.

Elisabeth Besau

. . . denn sie wissen, was sie tun -

Zum politischen Programm des Bundeskanzlers

Die Rede Erhards war nicht schon deswegen inhaltslos, weil jene tagespolitisch aktuellen Fragen der Wiedervereinigung, der Ost- und Westpolitik, der EWG-Krise nur äußerst notdürftig, wenn überhaupt behandelt und beantwortet wurden. Daß dies so geschah, gehört zu Erhards Programm. Eineinhalb Stunden von zwei beanspruchten innenpolitische Probleme, die für den Kanzler identisch sind mit wirtschaftspolitischen. Das kann nicht als Verlegenheit, als Zufall abgetan werden und auch nicht erklärt werden als psychologische Tatsache, aus des Kanzlers Vorliebe für Wirtschaftsfragen. Die CDU selbst hat sich zur Einsicht begeben, daß die außenpolitischen Forderungen nicht mehr auf dem Wege zu erreichen sind, der bislang als einzig möglich galt. Erhard schließt daraus weder, daß die politischen Forderungen absurd sind, noch daß der Weg, der des harten Kurses, der internationalen Entwicklung nicht angemessen ist. Schuld an den außenpolitischen Mißerfolgen ist die innenpolitische Situation, die zu wenig „stabil", zu wenig den Interessen der sozialen Marktwirtschaft untergeordnet, in der es am „Glauben an den Staat" [1]) mangelt. Erst wenn eine feste soziale Struktur erreicht, die Gesellschaft vollends organisiert ist, läßt sich dies als innenpolitischer Erfolg in außenpolitischen ummünzen. Formierte Gesellschaft wird zum lösenden Zentralbegriff der Politik Erhards [2]). „Wenn ich zum innenpolitischen Teil unseres Programms für Deutschland von der Notwendigkeit gesprochen habe, bewußt den Schritt zu einer formierten Gesellschaft zu tun, dann habe ich dabei zugleich und nicht minder an die Grundlagen unserer Außenpolitik gedacht . . . Eine wirksame deutsche Außenpolitik bedarf . . . heute mehr denn je der inneren Geschlossenheit unseres Staatswesens und einer hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Je deutlicher sich die Bindung des deutschen Volkes an seinen Staat, an sein Vaterland ausprägt, je gesammelter und geschlossener sich Deutschland der Welt präsentiert, um so mehr wird diese bereit sein, uns zu verstehen." [3]) Daß die organisierte und stabilisierte Gesellschaft erst Außenpolitik nach maßgebendem Interesse der sozialen Marktwirtschaft garantiert, sieht Erhard durch Hitler bewiesen. „In der Weimarer Zeit spiegelte sich die innere Schwäche und Zerrissenheit der Demokratie", [3]) die den Weg in die formierte Gesellschaft verzögert haben. Was den westlichen Demokratien nicht gelang, unter Hitler konnte dieser Nachteil überholt werden.

„. . . die Erfolge (!) seiner Außenpolitik in den Jahren bis 1939 wären nicht zu verstehen ohne die Tatsache, daß den europäischen Mächten eine konstruktive Politik bis dahin nicht gelungen war". [4]) In welchem Ausmaß formierte Gesellschaft, unter der Voraussetzung, daß „dieses Modell . . . nicht mehr der liberale Verfassungsstaat mit seinem parlamentarischem System" [5]) ist, eine konstruktive Außenpolitik erlauben wird, geben folgende Zitate an: „Aufgabe der Bundesrepublik, ein unseren Vorstellungen entsprechendes Leitbild der für die gesamte EWG tragbaren Wirtschaftsordnung zu entwerfen und bei uns zu verwirklichen, um dann zu versuchen, es auf die EWG zu projizieren". [6]) „Die Formierte Gesellschaft ist auch kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert. In ihr kann sich vielmehr das Bild eines geeinigten Europas prägen. Sie ist darüber hinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils (!) wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein. Wenn uns dieser Schritt gelingt, dann wird sich die Anziehungskraft einer so gegliederten Gesellschaft anderen Formen gegenüber als weit überlegen erweisen. Zugleich wird sie den Sozialismus . . . ideologisch und politisch aufzehren." [3]) „Alle diese Länder (Asiens, Afrikas, Lateinamerikas) suchen ein Leitbild". [7])

Und ob dieser Schritt gelingt, hängt in letzter Instanz ab, wie weit sich die „partikularen Interessen", vorwiegend die der Arbeiter, den „gesamtgesellschaftlichen der sozialen Marktwirtschaft" unterordnen, „dynamisches Gleichgewicht", „sozialer Ausgleich" her- und damit Möglichkeiten jedweder „Aufweichung" [1]) abgestellt werden. Glauben an den Staat, d. h. „gesamtgesellschaftliches Bewußtsein" dieser Organisation der Gesellschaft ideologisch legitimieren. Vorzustellen ist die Gesellschaft als Gesamtbetrieb, in dem alle Teilbereiche hochgradig interdependent sind,

lückenlos aufeinander bezogen. Betriebszweck ist die soziale Marktwirtschaft, sie ist Generalbegriff, das Ganze, dem sich schlicht alles zu subsumieren hat.

Soziale Marktwirtschaft als oberstes Prinzip der Gesellschaft heißt für deren Teilnehmer, eben jene als uneingeschränkte Autoritäten anzuerkennen, die die soziale Markwirtschaft leiten. Eben diese, die Unternehmer, und deren Ideologen, von denen der theoretische Entwurf der formierten Gesellschaft erst sich herleitet, sagen es weniger verschwommen als ihr politischer Repräsentant, der Kanzler. Unter Demokratie ist die bedingungslose Anerkennung der Kapitalinteressen zu verstehen. „Dieser Demokratismus (gemeint ist die augenblickliche Demokratie) ist eine eminente Gefahr für die Freiheit und Würde des Menschen und für alle menschlichen sozialen Gebilde." [8]) „Der Unternehmer . . . der die freie Gesellschaft verkörpert . . . muß sich als Schlüsselgestalt der künftigen gesellschaftlichen Ordnung empfinden", [9]) er hat die Aufgabe, zu „kraftvollen Zellen einer sich neu bildenden Gesellschaftsordnung zu werden." [9]) Die Forderung nach gesamtgesellschaftlichem Bewußtsein ist die nach der Anerkennung dieses Führungsanspruches. „Alle, die an der Ordnung der Gesellschaft und der Formung der öffentlichen Meinung mitwirken, müssen die Verpflichtung erkennen, sich ein objektives Bild von der Aufgabe des Unternehmers in der modernen Industriegesellschaft zu verschaffen. Das gilt vor allem für Erzieher, Geistliche, Publizisten, aber auch für die, die in Politik, Rechtssprechung und Verwaltung die Verantwortung tragen." [10]) Das also ist unter sozialer Marktwirtschaft zu verstehen, die uneingeschränkte Führung der Unternehmer in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und sollte ihnen dieser Anspruch von der Gesellschaft verweigert werden, „wenn der demokratische Prozeß unter den Teilnehmern nicht zu Lösungen der ständig anfallenden Probleme führt, so daß das Gesamtunternehmen stagniert . . ., dann bleibt als Alternative nur die Einsetzung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb – und das heißt der Übergang von der politischen Demokratie zu irgendeiner Form autokratischen oder totalitären Regimes." [8]) Mögliche Störfaktoren sind überwiegend die Arbeiter, bzw. die Gewerkschaften, allemal ihre Forderungen nach Mitbestimmung. „Die Stimmen mehren sich, die Gesetzgebungsakte gegen die Arbeiterschaft . . . für unvermeidlich halten, wenn die Leute durch ihre Unvernunft die Rationalität des Gesamtprozesses gefährden." [8])

Und zur Unvernunft zählt nach Erhard schon der Kampf um Arbeitszeitverkürzung, wo doch eine Stunde Mehrarbeit angebracht sein sollte. Und das in einem Augenblick, da ein Teil der Stahlindustrie ihre Pforten schließt, Arbeitslosigkeit also auf die Dauer nur durch Arbeitszeitverkürzung vermieden werden kann.

Diese Gesellschaft hat entgegen der vorgegebenen Theorie keineswegs den Charakter einer Leistungsgesellschaft angenommen, sondern unverändert den der Klassengesellschaft beibehalten. Ändern kann diese Tatsache auch nicht die Verdrehung, daß die Arbeiter ein partikulares Interesse, die Unternehmer aber das gesamtgesellschaftliche verfolgten. Was Historiker aus ideologischen Gründen gern verschweigen, Erhard bekennt es offen. „Diese neue Ordnung ist die gesellschaftspolitische Konsequenz der sozialen Marktwirtschaft", [1]) wie der Faschismus ehemals nichts anderes war als die gesellschaftspolitische Konsequenz des Kapitalismus, der ebenso in die Krise geriet wie er jetzt wieder gerät, geraten ist.

1. Regierungserklärung
2. Opitz, R., Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft", Blätter für deutsche und internationale Politik, Sonderdruck Köln 1965. (Alle Zitate, bis auf die der Regierungserklärung, sind diesem Aufsatz entnommen.)
3. Erhard, L., Programm für Deutschland, Referat auf dem 13. Bundesparteitag der CDU, 31. 3. 1965, Düsseldorf
4. Ds., Um ein geschichtliches Selbstbewußtsein, Vollversammlung des Industrie- und Handelstages, 6. 5. 1965; abgedruckt im „Bulletin" der Bundesregierung, 19. 5. 1965
5. Altmann, R., Das Erbe Adenauers, Kindler Verlag München, 1963, S. 138
6. Münchemeyer, A., Dr. h.c., Bankier, Referat vor dem Arbeitskreis II (Außenhandel und -politik)
7. Erhard, L., Der Weg in die Formierte Gesellschaft, Epoca Nr. 8, August 1965
8. Voegelin, E. Die dritte Phase der Industriegesellschaft, in Gesellschaftspolitische Kommentare Nr. 11/65 vom 1. 6. 1965
9. Pickert, A., Referat vor dem Arbeitskreis ‚Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft'
10. These 98, s. Anm. 3.

Gunnar Matthiessen

Beschlüsse der DK des SDS in Frankfurt

Der Bundesvorstand wird beauftragt, zusammen mit anderen außerparlamentarischen Kräften (Studentenverbänden, Kirchlichen Bruderschaften, Initiativausschuß für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen, Professoren, Gewerkschaften und Gewerkschaftern, Kampagne für Abrüstung, Jugendverbänden etc.) Kontakt aufzunehmen, um unter anderem ein Seminar zu veranstalten, auf dem Notwendigkeit und Möglichkeiten des weiteren Kampfes gegen geplante Notstandsverfassung und -gesetze erörtert werden. Sinn dieses Seminars muß es auch sein, sich über die Möglichkeit des Widerstands gegen die schon verabschiedeten Gesetze klar zu sein.

Beschluß der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS:

Der neue Bundesvorstand wird beauftragt, wie bisher im internationalen Festivalkomitee und im Arbeitskreis Festival der Bundesrepublik mitzuarbeiten.

Beschluß der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS:

Die Delegiertenkonferenz beauftragt den Bundesvorstand, die Mitgliedschaft des SDS in der International Union of Socialist Youth zu überprüfen und als ersten Schritt zu einer anzustrebenden Föderation aller westeuropäischen sozialistischen und kommunistischen Studentenverbände vorerst eine organisatorische Zusammenarbeit mit diesen Verbänden zu prüfen.

Beschluß der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS:

In Erwägung, daß der amerikanisch-vietnamesische Krieg, sofern er wie bisher weitergeführt wird, zwingend zur Ausrottung der vietnamesischen Landbevölkerung führen wird, haben wir beschlossen, nunmehr Anklage gegen das amerikanische Vorgehen zu erheben. Wir wissen, daß unser Aufruf keinen Einfluß auf die militärische Politik der Vereinigten Staaten haben wird. Wir halten es aber für gewissenlos zu schweigen: wer schweigt, stimmt zu.

Die 20. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS (die vom 14. bis 17. Oktober 1965 in Frankfurt a. M. stattfand) bestätigt die Höchster Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit den politischen Studentenverbänden Bund Deutsch-Israelischer Studenten, Humanistische Studenten-Union, Liberaler Studentenbund Deutschlands und Sozialdemokratischer Hochschulbund.

Die 20. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS möge beschließen: Der Bundesvorstand wird beauftragt, dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend erneut ein gemeinsames wissenschaftliches Seminar mit dem SDS vorzuschlagen. (Einstimmig angenommen)

Beschluß der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS:

Der SDS wendet sich nach wie vor gegen alle Projekte, die die Bundesregierung der Verfügung über Kernwaffen näherbringen, wie sie besonders in Form der MLF und der ANF vertreten werden. Atomare Waffen unter der Verfügung der Bundesregierung wären nicht nur ein Hindernis für eine vernünftige Lösung der mitteleuropäischen Probleme, sondern auch – durch die Zerstörung der gegenwärtigen labilen Balance der militärischen Kräfte – eine erhöhte Gefahr für den Frieden in Europa.

Telegramm der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS an den Generalsekretär der Vereinten Nationen:

Seine Exzellenz Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, New York

Wir verurteilen das rechtswidrige Verfahren gegen iranische Studenten in Teheran, die willkürlich eines Anschlages auf den Schah beschuldigt werden. Besonders protestieren wir dagegen, daß dieser Fall vor ein Militärgericht gebracht wurde. Wir bitten Sie dafür zu sorgen, daß diese Rechtswidrigkeiten überprüft und den Menschenrechten genüge getan wird. Wir fordern, daß zur Untersuchung dieses Falles eine Kommission der UN in den Iran geschickt wird.

Beschluß der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS:

Der SDS stellt nochmals nachdrücklich fest, daß er jede Form von Notstandsgesetzen ablehnt.

HUBERT FREISTÜHLER

Versandbuchhandlung – Antiquariat

5840 SCHWERTE 1, POSTFACH 124

Joseph-von-Eichendorff-Straße 1 – Ruf 34 60

Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie, Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur u. a. Wissensgebiete.

Neuerscheinung

Mitternachtstrolleybus - Neue sowjetische Lyrik

Herausgegeben von Franz Mierau - Fotos von Grigori Teitelbaum - Etwa 240 Seiten - **Ganzleinen DM 11,40**

Jewgeni Jewtuschenko

ist in unserer Anthologie mit neuen Gedichten vertreten. Seine „Lektion in Mut" eröffnet diese Sammlung sowjetischer Lyrik, die unbekannte Texte aber auch neue Dichter vorstellt. So findet der Leser neben Bella Achmadulina, Robert Roshdestwenski und Andrei Wosnessenski Gedichte von Wladimir Fainberg, Rimma Kasakowa und der begabten jungen Inna Kascheshewa.

Die deutsche Nachdichtung wurde von jungen Lyrikern der DDR besorgt, Ihnen wurden ausführlich annotierte Interlinearübersetzungen vorgelegt. Mit dem Russischen von der Schule her vertraut, konnten die jungen Dichter so den Kontakt zu den zu übertragenden Gedichten schließen.

Dem Buch sind biographische Notizen beigegeben.

BRÜCKEN-VERLAG GMBH

Buch-Import-Export - 4 Düsseldorf - Postfach 1928

Modern eingerichtete Fahrschule

in Universitätsnähe · Vertragsfahrschule des Asta

Dipl.-Ing. Dr. Franz Vasoldt

Köln · Hohenstaufenring 22 · I. Etage · Tel. 41 71 12

Straßenbahnhaltestelle **Zülpicher Platz**

KAPITALISMUS RÜSTUNG ARBEITERBEWEGUNG

Unter Leitung der Professoren Wolfgang Abendroth, Marburg, und Ossip K. Flechtheim, Berlin, beide Ordinarien für Politische Wissenschaften, fand am 6. und 7. November 1965 im Gewerkschaftshaus Frankfurt a. M. eine „sozialwissenschaftlich-politische Internationale Diskussion" statt, die vom „Sozialistischen Bund" und SDS veranstaltet wurde. Etwa 500 Teilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik folgten der Einladung der Veranstalter. Grundlagen der Diskussion bildeten drei Referate. Prof. Eduard März von der Arbeiterkammer Wien sprach über „Die politische Ökonomie des heutigen Kapitalismus", Dr. Theodor Prager, ebenfalls von der Wiener Arbeiterkammer, über „Die besondere sozialökonomische Funktion der Rüstungswirtschaft" und Ernest Mandel, Chefredakteur der belgischen Metallarbeiterzeitung „La Gauche" referierte über „Die westeuropäische Arbeiterbewegung – ihr Zustand und ihre Möglichkeiten".

In seiner Einleitung hob Prof. Abendroth besonders den – seiner Auffassung nach – desolaten Zustand der sozialistischen Theorie in Westdeutschland hervor und rechtfertigte damit die Tatsache, daß zu den wichtigsten Gegenwartsproblemen ausländische Theoretiker zu Wort kommen sollten. Dennoch erfüllten die Referenten mit ihren Beiträgen in qualitativ sehr unterschiedlicher Weise die Erwartungen des Auditoriums. So verstand es Dr. Prager nicht, „die besondere Funktion" der Rüstung im Rahmen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft herauszuarbeiten. Aus seinen Prämissen, daß Rüstung weder vor „Rezessionen" im allgemeinen noch vor Arbeitslosigkeit im besonderen schützt, leitete er die Schlußfolgerung ab, es existiere kein zwingender Grund dafür, daß eine Abrüstung im Kapitalismus zur Krise führen müsse. Dieses Verfahren gleicht dem Versuch, die Rüstung aus dem Wirtschaftsgefüge auszusondern und als Fremdkörper zu betrachten, der den „wirklichen" Marktmechanismus stört. Da nämlich die Prämissen zum einen nirgends bestritten worden sind, auf der anderen Seite aber „Rezessionen" und Arbeitslosigkeit ohne die Rüstung in permanente „Weltwirtschaftskrisen" umschlagen würden, bleibt die Schlußfolgerung im luftleeren Raum hängen. Pragers Betrachtung ist rein modellhaft. Sie läßt nicht die gesellschaftlichen Dimensionen der Rüstungswirtschaft erkennen. Wenn er meinte, daß die Verstärkung der Rüstungsausgaben kurzfristig konjunktur fördernd wirken könne, dabei Deutschland im Zeitraum 1934/35, die USA 1937/38 und 1948/49 erwähnte, so setzt er voraus, daß an sich schon Konjunktur vorhanden war, die Rüstung sie allenfalls „förderte".

Tatsächlich ist spätestens seit 1934/35 wirtschaftliches „Wachstum" ohne stets steigende Rüstung nicht mehr denkbar. Allein wenn die Rüstungsausgaben der NATO seit ihrem Bestehen von über 700 Mrd. Dollar aus dem Wirtschaftskreislauf herausgenommen worden wären, hätte man das System nicht mehr im Gleichgewicht halten können. Daß Prager die Rüstungsproblematik am Reißbrett lösen möchte, ging aus seinen Schlußbemerkungen hervor. Er zitierte zustimmend einen UNO-Bericht, nach dem der größte Teil der Rüstungskapazitäten technisch umstellbar wäre. Ihm war durchaus klar, daß ein solcher Prozeß die Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt bedeuten würde. So meinte er, daß dies auf dem Wege der Erhöhung der öffentlichen Investitionen, der – was im Widerspruch dazu steht – Steuersenkung, der Hilfe für „unterentwickelte" Länder und der Exportförderung geschehen könnte. Die praktische Realisierung derartiger Maßnahmen müßte im Zuge ökonometrischer Programmierungsverfahren in Angriff genommen werden, wobei sich die Arbeiterschaft (!) dieser Instrumente durch sukzessive Mitbestimmung zu bedienen hätte. An dieser Stelle müssen Prager einmal die Fragen vorgelegt werden, wann, wo und wie dies geschehen kann und warum derartige Umwälzungen qua „Planification" durch die Arbeiterschaft nicht schon längst eingeleitet worden sind? Schließlich ist die „Planification" kein originärer Entwurf der Arbeiterschaft, sondern ausschließlich eine Angelegenheit der Konzerne.

Weniger durch politische Konsequenzen, die er aus seiner Analyse zog, sondern allein schon durch die Methode seiner Untersuchung stand Prof. März der Auffassung von Prager konträr gegenüber. Überaus klar entwickelte er die innere Logik

des Nachkriegskapitalismus an den „Modefällen" USA und Westdeutschland, wobei er sich mit drei Richtungen auseinandersetzte, die das äußere Erscheinungsbild zum Anlaß nehmen, den „Neokapitalismus" theoretisch zu rechtfertigen. Während es eine Gruppe schlechthin bestreitet, daß wir es noch mit einem Kapitalismus im herkömmlichen Sinne zu tun haben, stattdessen anhand einer Reihe von Indikatoren von einem „Volkskapitalismus" spricht, vermutet eine andere, durch die Ökonometrie dem „Geheimnis des ewigen Lebens" auf die Spur gekommen zu sein, während eine dritte Gruppe von „Wohlstandstheoretikern" die Entwicklung zu einem „Keynesianismus sozialistischer Prägung" durch die egalitäre Verteilung der Budgets bewiesen glaubt. Demgegenüber kam es für März darauf an, die Entwicklungstendenzen des „Neokapitalismus" bloßzulegen. Denjenigen, die in der Anwendung der Ökonometrie, in der Technik als Investitionsboom und in der Wirtschaftspolitik des Interventionismus seitens des Staates eine unbegrenzt krisengesicherte Lebensdauer des Kapitalismus sehen, zitierte er die amerikanische Situation mit einer derzeitigen Arbeitslosigkeit von sieben bis acht Prozent; von den Beschäftigten sind nur 82 Prozent in der zivilen Produktion tätig, der Rest in der Rüstungsindustrie. Somit wären heute rund 20 Millionen Amerikaner aus der zivilen Wirtschaft ausgeschlossen. Darüber hinaus sei eine Veränderung der Investitionsstruktur unverkennbar, die durch einen relativen Rückgang der privaten Investitionen charakterisiert sei. Die Ausnutzung der vorhandenen Überkapazitäten wäre ohnehin nicht mehr möglich, was zu der von Keynes beklagten Konsumbeschränkung der breiten Massen führe. Die von Keynes entlehnte Therapie könne sich angesichts dieser Lage nur noch auf die ständige Ausdehnung der Rüstung und auf die steuerliche Begünstigung der Großindustrie erstrecken.

Der wirtschaftliche Zustand Westdeutschlands hat nach März seinen Ursprung in autonomen technischen Impulsen als Resultat der Stimulanz des Marshallplans. Aber schon jetzt zeige sich eine sinkende Tendenz der privaten Investitionsrate, der staatliche Anteil am Bruttonationalprodukt betrage andererseits bereits 30 Prozent. März leitete von daher die Voraussage langsam steigender Arbeitslosigkeit ab. Die anwachsenden Überkapazitäten auch hier machen zudem die Fiktion deutlich, die wirtschaftliche Lage Westdeutschlands als „marktkonform" zu bezeichnen.

Politisch forderte März den Umbau des „Rüstungsstaates" in einen „programmierten Wohlstandsstaat" im Zeichen des Kampfes um eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Eine genaue Bestimmung dieses Gebildes lieferte er allerdings nicht. Es blieb von ihm unbeantwortet, ob der „programmierte Wohlstandsstaat" identisch ist mit einer „sozialistischen Gesellschaftsordnung" oder nur eine Art notwendigen Durchgangsstadiums auf dem Wege dazu darstellt.

Weder das Verharren in rein modellmäßigen Vorstellungen noch irgendeine Disharmonie zwischen materieller Analyse und politischen Konsequenzen traf am Ende der Referentenbeiträge bei dem belgischen Sozialisten Ernest Mandel zu. Nahtlos ergänzten sich in seinem Beitrag die zwei tragenden Elemente der sozialistischen Theorie, die des Mehrwertes mit seinen verschiedenartigen Erscheinungsformen und die der materialistischen Gesellschaftsauffassung. Mandel beschrieb diesen Zusammenhang als eine „doppelte Dynamik", die es auszulösen gelte sowohl in den „Köpfen der Arbeiterschaft" als auch in der gesellschaftlichen Praxis durch Streiks – bis hin zum Generalstreik –, um eine Situation der „Doppelherrschaft" herzustellen. Das dialektische Zusammenspiel zwischen objektiven und subjektiven Faktoren finde heute dadurch seinen Ausdruck, daß nicht der Lebensstandard das sozialistische Bewußtsein untergrabe, sondern die angepaßte Ideologie. So sei das Klassenbewußtsein in Norditalien höher als in Frankreich, in England höher als in der Schweiz oder in Belgien höher als in Holland. Mandel knüpfte daran die Frage nach Konfliktmomenten, die, als objektive Momente des Klassenkampfes, eine breite Entfaltung sozialistischen Bewußtseins und Handelns ermöglichen. Unter anderem wies er auf die Wahrscheinlichkeit einer Wirtschaftsentwicklung amerikanischen Musters mit periodischen Rezessionen hin, auf den Versuch, die Reallöhne als Kostenbelastung im Rahmen der internationalen Konkurrenz zu drücken, auf die damit verbundene Tendenz, die Tarifautonomie der Gewerkschaften einzuschränken, auf ungelöste Strukturfragen in der westeuropäischen Wirtschaft, auf die ständige Agrarkrise, auf die latente und ausgeprägte Neigung des Bürgertums zum starken Staat, auf die sozialen Folgen der Automation, die wachsenden Entfremdungsprobleme der Konsumenten durch intensive Stimulierung des Privatkonsums. Im Hinblick auf die politische Praxis richtete er sich vor allem an die Gewerkschaften, die, begeben sie sich in einen Kompromißrahmen, Bedingungen annehmen müssen, welche die Arbeiterschaft enttäuschen und zum Faschismus führen.

Es sollten solche Reformen gefordert werden, von denen man weiß, daß sie für den Kapitalismus „unverdaulich" sind. Dazu zählen die Forderung nach Verstaatlichung, jedoch nicht der Verluste (wie im Bergbau), sondern der Profite, die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Betriebe mit dem Ziel des Abbaus der inneren Hierarchie, der Kontrolle der Bilanzen, der Aufhebung des Geschäfts- und Bankgeheimnisses. Antikapitalistische Strukturreformen bedeuten das Problem der politischen Machteroberung, sie müssen daher in politischen Reformen gipfeln. Schließlich komme es darauf an, „den Mythos der Marktwirtschaft systematisch zu zertrümmern". An dessen Stelle müsse in das allgemeine Bewußtsein das Prinzip der „Bedarfsdeckungswirtschaft" treten etwa mit der Forderung nach kostenlosem Brot, das heute nur noch 1,5 bis 2 Prozent des Bruttosozialprodukts in Westeuropa umfasse; die Forderung sei demnach durchaus realistisch.

Mit diesem Referat befand sich Mandel nicht nur im Widerspruch zu einer Reihe von Thesen von März und Prager, sondern auch zu manchen Auffassungen der Veranstalter und vieler Diskussionsteilnehmer. Das gilt ganz besonders in bezug auf die Einschätzung von Reformen und wurde am deutlichsten, als Mandel in seinem Schlußwort mit Prof. März in eine prinzipielle Kontroverse darüber geriet. Während der Belgier differenzierte, den Unterschied zwischen „neokapitalistischen" und „antikapitalistischen" Reformen hervorhob, dabei auch die westeuropäischen Arbeiterorganisationen in seine Kritik am „Reformismus" mit einbezog, gingen einige der Diskussionsbeiträge von einer Arbeiterbewegung des „Als-ob" aus, setzten unkritisch Gewerkschaften und Arbeiterbewegung gleich. Zwangsläufig verfielen sie somit der „taktisch" orientierten Anpassung dort, wo scharfe Distanz im Interesse überzeugender Aufklärung notwendig wäre. Mandels Beitrag, daß es sich absolut negativ auswirkt, die Arbeiterschaft mit scheinbar ihrer Lage entsprechenden Reformen zu mobilisieren, letzten Endes die damit verbundenen „Aspirationen" aber nicht erfüllbar sind, trifft genau auf Westdeutschland zu. Die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung einerseits, der damit einhergehende Verlust an theoretischem Potential andrerseits liefern dafür die überzeugende Bestätigung. Gerhard Bessau

edition suhrkamp
für 3 Mark

Theodor Eschenburg
Über Autorität

Erstausgabe. Inhalt: Ursprüngliche Bedeutung - In der römischen „res Publica" - Unter dem Prinzipat des Augustus - Unter den römischen Kaisern - In der Katholischen Kirche - Kaiser und Papst - Gesellschaftliche Autorität: Zur katholischen Lehre des Thomas von Aquino - Luthers Obrigkeit - Weltliche Autorität und Souveränität im Absolutismus - Die Französische Revolution - Autorität im Streit der Ideologien - Die Autorität der Macht - Die Krise der politischen Autorität - Autorität in der Demokratie.

Alfred Andersch
Die Blindheit des Kunstwerks und andere Aufsätze

Erstausgabe. Inhalt: Vor einem halben Jahrhundert - Der Rauch von Budapest - Die Blindheit des Kunstwerks - Ein neuer Scheiterhaufen für alte Ketzer - Thomas Mann als Politiker - Zu einer neueren Bemerkung von Georg Lukács - Tafel für ein Haus in der Dean Street - Nachricht über Vittorini - Alles Gedächtnis der Welt - Hypothese über die Nouvelle Vague - Das Kino der Autoren - Vitrinenliteratur - Ästhetische Denkobjekte - Sartres Kritik an einem Kinde.

Herbert Marcuse
Kultur und Gesellschaft 2

Erstausgabe. Inhalt: Über die philosophischen Grundlagen des wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsbegriffs - Existentialismus - Das Veralten der Psychoanalyse - Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers - Ethik und Revolution - Bemerkungen zu einer Neubestimmung der Kultur - Anmerkungen.

WER WIRD SÜDAFRIKA VERÄNDERN?

Ansprache an die Kongreß-Allianz, die in einer Sackgasse steckt

In der Republik Südafrika steht die Mehrzahl unserer Intellektuellen des nichtweißen Lagers – zuzüglich der wenigen weißen Sympathisanten – dem Marxismus sehr kritisch gegenüber, da man ihn zumeist mißversteht. Viele unserer besten Kampfgefährten befinden sich sogar immer noch darüber im Zweifel, ob unsere Millionen Industrie- und Farmarbeiter die hauptsächliche Triebkraft für soziale Veränderungen in diesem unglücklichen Land sind und sein werden. Sie fragen sich, ob Sozialismus – auf südafrikanische Bedingungen bezogen – überhaupt erforderlich ist, um die arbeitenden Massen bei ihren Bemühungen, sich der Schrecknisse der Apartheid zu entledigen und eine vernünftigere Welt zu errichten, zu leiten. Manche sind sogar der Ansicht, daß nach den letzten Hexenjagden, den 90-Tage-Verhaftungen von Hunderten und den Massenfestnahmen von Tausenden der Freiheitsbewegung in Südafrika das Rückgrat gebrochen ist und wir vielleicht Jahrzehnte warten müssen, bevor wir uns reorganisieren können. Andere hoffen auf das Ausland – trotz der Lektionen im Kongo oder in Vietnam – und auf eine Befreiung von dort, beispielsweise in der Form einer direkten militärischen Intervention der Vereinten Nationen. Was für ein Mißachten, was für ein Mißverstehen der historischen sozialen Entwicklung! Soll dies heißen, das revolutionäre Potential sei mit dem Verschwinden der leitenden Persönlichkeiten, welche aus den Massen herausgegriffen und in das Konzentrationslager von Robben Island deportiert wurden, ebenfalls verschwunden? Oder repräsentierten gar einige dieser Führer Organisationen, die ihre Wurzeln lediglich in den gehobenen sozialen Schichten besaßen, und vernachlässigten sie völlig die Führung des Proletariats und der Bauernschaft?

Viele unter uns argumentieren u. a. folgendermaßen gegen den wissenschaftlichen Sozialismus:

1. Sozialismus und Liberalismus sind Relikte des vorigen Jahrhunderts; sie können die gegenwärtig herrschenden Tendenzen und Kräfte nicht erklären.
2. Die müde und vernachlässigte arbeitende Klasse kann durch die Intelligenz als neue Triebfeder für die sozialen Veränderungen heutzutage ersetzt werden.

Diese afrikanischen Intellektuellen mögen den Sozialismus zugunsten von Humanismus, Moralität oder sogar Christentum ablehnen. Aber sie haben doch vieles gemeinsam – sie wenden sich ehrlich gegen die herrschende Rassenpolitik und die Greuel des südafrikanischen Herrenvolkes. Im internationalen Bereich wollen sie den „kalten Krieg" beendet wissen, die unsichere Balance of Power, die katastrophenträchtige internationale Diplomatie; sie wollen einen erneuten Weltkrieg genauso verhindern wie eine nukleare Vernichtung der Menschheit und sie kämpfen gegen Militarismus und Bürokratie (wenn auch in begrenztem Maße). Weiter unterstützen sie Paßkampagnen, Streiks, Boykotte, Sanktionen und Studentendemonstrationen, obwohl viele von ihnen an Sektierertum, überholten politischen Vorstellungen und organisatorischen und stammesbedingten Streitigkeiten der Vergangenheit, an Opportunismus und Karrierestreben starrköpfig festhalten. Dreihundert Jahre „divide et impera", Rassismus, Unterdrückung und Ausbeutung haben tiefe Spuren im Bewußtsein und in der physischen Konstitution der afrikanischen Bevölkerung hinterlassen. Weil mehr als 60 Prozent der afrikanischen Bevölkerung jahrzehntelang unter dem Existenzminimum dahinvegetierte und weil Hunger, Unterernährung, Armut und Elend die Lebensbedingungen von Tausenden zerrüttet und fast vernichtet haben, haben viele den Sinn für Realität, jede Urteilsfähigkeit und Orientierung verloren und leben unter ungesunden und inhumanen Verhältnissen. Nicht das „Wesen" des Afrikaners ist die Ursache. All

dies ist das Ergebnis der brutalen Unterdrückung durch das weiße Südafrika. Doch noch leben Männer und Frauen in Südafrika, die dem Kampf um die Freiheit als dem Ziel der Massen treu geblieben sind und sich radikaler Politik zugewandt haben.

Unsere junge Generation der linken Intelligenz sieht sich sehr komplexen Problemen gegenüber; sie versuchen in intensiver Arbeit sich eine Orientierung auf theoretischem und wissenschaftlichem Gebiet zu verschaffen; noch mehr bemühen sie sich, die brauchbaren und notwendigen Theorien in Praxis umzusetzen. Hunderten fehlt die Erfahrung auf politischem Gebiet, Tausenden mangelt es an der notwendigen Vorsicht, an Schnelligkeit und Genauigkeit bei der Untergrundarbeit, zu der sie in den letzten Jahren gezwungen gewesen sind, und allgemein sind viele in bezug auf zahlreiche Tendenzen orientierungslos und ohne Konzept. Und doch sind sie nicht müde, sie sind bereit zur Aktion, sie suchen nach der richtigen Orientierung und brennen vor Eifer, gegen Apathie vorzugehen. Sie hoffen Apartheid und ihre ökonomische Basis abschaffen zu können, ohne Haß gegen die Weißen; sie wollen ihnen endlich das klarmachen, was sie nicht begriffen haben und nicht begreifen konnten, weil sie jahrhundertelang blind waren durch die Maske kapitalistischer Profitsucht. Die afrikanische Jugend ist für einen neuen Start gerüstet. Die Welt muß ihr Aufmerksamkeit schenken, ob sie will oder nicht. Aus ihrer Mitte, reif in Gedanke und Handlung, kommen verläßliche Vertreter und Führungskräfte eines freien Südafrikas von morgen. Die Hunderte von Freiheitskämpfern, die Kerkerhaft, Quälereien und entwürdigende Erniedrigung erlitten haben, geben der Welt ein Bild von den zukünftigen Trägern einer demokratischen Regierung des zukünftigen Südafrikas. Die beispielhafte Weise, in der sie die schwere Prüfung unter dem Joch der Neofaschisten in Südafrika ertragen, beweist, daß das unterdrückte Volk allen Grund hat, stolz auf eine Generation zu sein, die heute für die Verwirklichung seiner Ideale ins Gefängnis geht.

Intellektuelle, radikale Studenten und aufständische Bauern haben in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt und werden dies in Zukunft gleichermaßen tun. Aber ihre Vorstellung einer unabhängigen sozialen Kraft als eines treibenden Faktors der Geschichte läßt sie eine verzerrte Vorstellung von ihren objektiv-realen Möglichkeiten in unserer gegenwärtigen Epoche gewinnen. Eines ist unbestritten: individualistische und pazifistische, ungebundene und isolierte Gruppen, die friedlich mit den Imperialisten koexistieren, parlamentarische und propagandistische Aktionsmethoden oder direkte Fremdinterventionen sind völlig wirkungslos und unfähig, die Regierung Verwoerd und den ausländischen Inperialismus von ihren Thronen zu stürzen. Trotz der Rassengesetze, die ihnen Streiks untersagen, die ihnen verbieten, sich zu versammeln, sich gewerkschaftlich zu organisieren oder den Status „Angestellter" oder „Arbeiter" anzunehmen, trotz Furcht und Terror tragen die arbeitenden Massen Südafrikas gesamte Wirtschaft, die weitest entwickelte der gesamten südlichen Hemisphäre und Afrikas. Deshalb muß der Freiheitskampf in Südafrika radikale soziale Veränderungen zum Ziel haben, die allein den Weg zur Demokratie freimachen können.

Dies alles will Sozialismus besagen, trotz der Tatsache, daß während der letzten Jahrzehnte vieles daran verzerrt und verfälscht worden ist. Sein Wert liegt in seiner fortwährenden Fähigkeit, die widersprüchliche Entwicklung unserer Gesellschaft in jedem Stadium zu interpretieren. Er betont immer wieder die tragende Rolle der Industriearbeiterschaft für die Umgestaltung der Gesellschaft vor wie nach der Ablösung des Kapitalismus aus seiner zentralen Position in der gegenwärtigen Ökonomie. Die antagonistischen Produktionsverhältnisse zwischen den

Kapitalisten einerseits und den Afrikanern, die den Reichtum Afrikas produzieren, andererseits sind eine durch liberaldemokratische Maßnahmen nicht aufzuhebende Quelle des sozialen Kampfes, unabhängig vom Rassenproblem. Die Auseinandersetzung in Südafrika ist a p r i o r i ein Klassenkampf – arm gegen reich. Das Herrenmenschtum hat das Instrument zu seiner Abschaffung selbst erzeugt – in der Gruppe, die es am stärksten ausbeutet und unterdrückt: der nicht-weißen arbeitenden Klasse.

Die Niederlagen und der nachfolgende Defätismus der Arbeiter im Osten, Westen und den sogenannten „blockfreien" Staaten sind in erster Linie den K ö p f e n der Arbeiterbewegung zuzuschreiben – ob sozialistisch, syndikalistisch oder pro-demokratisch –, die ihr bestes taten, um die Arbeiter zu desorientieren und zu demoralisieren. In ähnlicher Weise haben sich auch in Südafrika Studenten, Intellektuelle und Bauern in die Arena begeben und besetzten die vakanten Führungspositionen vorübergehend – aber sie sind nur die Vorbedingung für das Wiedererwachen der arbeitenden Klasse.

In absehbarer Zukunft werden die nicht-weißen Bauern und unsere Arbeiter zu den zentralen Figuren des südafrikanischen Dramas werden – sie sind auf dem Wege, Südafrika zu verändern – und wir sollten den Prolog nicht mit dem Spiel selbst verwechseln.

Wenn wir statt Imperialismus gegenseitige Wirtschaftshilfe unabhängiger Nationen, statt stalinistischer Bürokratie demokratische Selbstbestimmung der arbeitenden Klasse, statt Krieg Frieden, statt Verewigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht technischen, sondern auch sozialen Fortschritt wollen, müssen wir uns aktiv dafür einsetzen, aus „Einsicht in die Notwendigkeit" an wahrer Freiheit, d. h. „immer Freiheit des anders Denkenden" orientiert, und müssen daran denken, daß Demokratie und Sozialismus letztlich eins sind. Dies ganz im Sinne von Rosa Luxemburg und Ernst Bloch:

„Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, das ist die Formel einer Wechselwirkung, die überhaupt die Zukunft entscheidet." [1])

Übers. vom Autor

Franz J. T. Lee

Der vorliegende Artikel entstammt dem Buch des Autors: "Gloom Over Southern Africa", Lee, Franz J. T., Spark Publications, Accra, Oct. 1965, ca. 150 Seiten Paperback, DM 3,50. Buchbestellungen an Franz J. T. Lee, 6 Frankfurt/M. 1, Kronberger Straße 43.

[1]) Bloch, E., Naturrecht und menschliche Würde, 1961, Suhrkamp, S. 232

MITBESTIMMUNG
nicht Zweck, aber Mittel zum Zweck

„Aber dafür ist die revolutionäre Methode die einzige, welche die unwiderrufliche dynamische Energie jenes sozialen Fortschritts wachzurufen und wachzuhalten vermag. Sie ist die einzige Methode, die, in Italien wie anderwärts, unter den Peitschenschlägen der Empirie mit Zustimmung der gesamten sozialistisch gesinnten proletarischen Welt am Ende den Sieg davontragen wird."

(Enrico Ferri, Die revolutionäre Methode, 1908, S. 92)

„Mitbestimmung – notwendige Konsequenz der echten Partnerschaft", war das Motto des aufsehenerregenden Dortmunder Mitbestimmungskongresses der IG Chemie. Einige kritische Bemerkungen zu Reaktionen der Unternehmer und den Intentionen des Gewerkschaftsapparats sollen hier zusammengestellt werden, ohne eine umfassende sozialistische Kritik an den Mitbestimmungsvorstellungen der Gewerkschaften, die einem der nächsten Hefte von „facit" vorbehalten bleiben soll, vorwegnehmen zu wollen.

Die Reaktion der zahlreichen in Dortmund versammelten Arbeiter bewies, daß sie mit Mitbestimmung etwas anderes, nämlich Selbstbestimmung assoziieren als die Gewerkschaftsbürokratie. Das zeigte ihr Beifall bei den spärlich eingestreuten Kampfbereitschaft dokumentierenden Sätzen von Gefeller (IG Chemie) und Rosenberg (DGB), als es um den Bruch des „Herr im Hause-Prinzips" ging und die Tatsache den Unternehmern ins Gedächtnis zurückgerufen werden sollte, daß es Arbeiter waren, die 1945 die Betriebe wieder aufbauten, als die Unternehmer nämlich wegen Zusammenarbeit mit dem Faschismus untertauchten oder in Gefängnissen saßen. Beifall gab es, als Wilhelm Gefeller vehement bekräftigte- „Mitbestimmung ist nicht zu ‚erpartnern' ", jedoch zwei Sätze später für die Arbeiter enttäuschend feststellte: „Mitbestimmung ist aber auch nicht zu erstreiken." Das gab es bisher noch nicht, daß ein Gewerkschaftsführer explizit auf das einzige Kampfmittel der Arbeiter zur Durchsetzung eines Ziels, die kollektive Verweigerung der Ware „Arbeit", verzichtete.

Das Bemühen der Gewerkschaftsbürokratie um „echte Partnerschaft" wurde jedoch nicht so recht belohnt. Eindeutiger, als es in den nun folgenden Stimmen der Unternehmer und ihrer Organe zum Ausdruck kommt, kann die herandienernde, sozialpartnernde Gewerkschaftsminderheit kaum der Fußtritt des großen Bruders im Aufsichtsrat treffen.

„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder Zuchthäuser." (Industriekurier 7. 10. 65 IK) Welch erfrischend ehrliche Sprache verglichen mit der Gewerkschaftsbürokratie, die, um ihre Loyalität unter Beweis zu stellen, als einzigen Theoretiker den katholischen „Ordo"-Ideologen Nell-Breuning bemüht! Selten wurde so offen der Betrieb den anderen Unterdrückungsorganen der kapitalistischen Gesellschaft, die zur Aufrechterhaltung der Interessen der herrschenden Minderheit einer tiefgreifenden Demokratisierung entzogen werden, gleichgestellt.

„Es ist eine Kampfansage der Gewerkschaften an die bestehende wirtschaftliche und soziale Ordnung, ja sogar auch an unsere politische Ordnung." (Ferdinand Fried, WELT 8. 10. 65) Der führende Wirtschaftskommentator der WELT scheint die faschistisch-kapitalistische Ordnung, deren Apologet er 12 Jahre lang war (nicht nur im „Tat-Kreis" zusammen mit Hans Zehrer u. a.), mit der 1949 vom Parlamentarischen Rat intendierten zu verwechseln.

„Die Gewerkschaften wollen im Grunde also nichts anderes, als die Kontrolle über bedeutende Wirtschaftsunternehmen selbst ausüben. Und sie vergessen dabei, daß gerade dadurch die Gefahr einer zu starken Machtzusammenballung heraufbeschworen wird, die sie angeblich durch die erweiterte Mitbestimmung beseitigen wollen: eine Machtzusammenballung bei ihnen, bei den Gewerkschaften." (Handelsblatt 8./9. 10.) Generalstreik beim Kapp-Putsch – Unterstützung der NSdAP durch die Großindustrie: 2 geschichtliche Ereignisse, die indizieren, daß Macht nicht gleich Macht ist, die die Frage beantworten helfen: Wessen Macht schützt, wessen Macht zerstört die Demokratie?

„Mit großer Skepsis hat sich der Präsident der Internationalen Gesellschaft für Arbeitsrecht, Prof. Kahn-Freund ..., zu der Forderung der deutschen Gewerkschaften geäußert, die in der Montanindustrie verwirklichte Mitbestimmung auf andere Industriezweige und andere Länder auszudehnen. Er betonte, der Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Betrieb und Unternehmen sei auf natürlichen Gegensatz vorgegeben. Es sei sinnlos, diesen natürlichen Gegensatz durch die Mitwirkung oder Mitbestimmung der Arbeitnehmer verwischen oder ‚überkleistern' zu wollen. Die rosigen Schilderungen deutscher Gewerkschafter aus der Praxis der Mitbestimmung seien zu schön, um wahr zu sein. Nach Ansicht Kahn-Freunds sei es besser, die Spannungen und Gegensätze der Sozialpartner offen auszutragen als hinter verschlossenen Türen in den Aufsichtsräten der Unternehmen." (FAZ 8. 10. 65)

Auch wir sind der Ansicht, daß sich die antagonistischen Klassengegensätze nicht durch einige tausend zu Aufsichtsratmitgliedern arrivierte Gewerkschafter, die, falls integer, Tag für Tag gegen die eigene Korrumpierung und Integration ankämpfen müssen, verwischen lassen, auch wir begrüßen den offenen Kampf der organisierten Arbeiterschaft mit den bewährten Mitteln. In diesem Kampf gilt es selbstverständlich auch Reformen zu verwirklichen, aber nicht Reformen, die vom kapitalistischen System letzten Endes verdaubar sind, sondern bewußt anti-kapitalistische Reformen, die dialektische Reform mit dem revolutionären Ziel vermitteln, hin auf eine Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (Marx/Engels, Kommunistisches Manifest). Judex

Kürbiskerne statt faule Tomaten

Im September dieses Jahres erschien im Damnitz Verlag München eine neue Literaturzeitschrift: „kürbiskern – Zeitschrift für Literatur und Kritik", herausgegeben von Christian Geissler, Friedrich Hitzer, Yaak Karsunke, Hannes Stütz und Manfred Vosz.

Sie ist in der Tat n e u, weil sie mit Ungewöhnlichem und Gewohntem ungewöhnlich umgeht.

Das Programm dieser bemerkenswerten Zeitschrift wurde in einer Vorankündigung grob abgesteckt:

„Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr. Jedes zweite bis dritte Heft wird ausführliche Beiträge zur literarischen Situation des Auslandes bringen: geplant sind zunächst Hefte mit Beiträgen über Italien, die USA, die UdSSR, südamerikanische Literaturen ... Literatur im Sinne dieser Zeitschrift sind Werbetexte ebenso wie Gedichte, Romane ebenso wie Wahlkampfparolen, Büchnerpreisreden ebenso wie andere Regierungserklärungen ... Kritik wird sich in dieser Zeitschrift frei zu halten suchen von der Fiktion ‚rein literarischer' Maßstäbe und sich klar sein über den ideologischen Anteil jeder ästhetischen Norm."

Einer Literatur, die sich um neue Themen bemüht oder doch für uns historisch relevante Stoffe behandelt, kann man schwerlich mit „rein literarischen" Maßstäben gerecht werden. Neue Inhalte sprengen die tradierten Poetiken; sie erfordern eine neue Haut. Nach den beiden Weltkriegen, nach umwälzenden sozialen Revolutionen, nach Auschwitz wäre ein zweiter Stefan George eine Farce.

Die literarischen Texte, die in der ersten Hälfte der Zeitschrift abgedruckt sind, wurden nicht zuletzt wegen ihrer Thematik ausgewählt: Szenen aus der Bühnenfassung des Stückes „Joel Brand" von Heinar Kipphardt, Erstveröffentlichung des Gedichtes „Abschiede" von Pablo Neruda, der unveröffentlichte Einakter „Erdkunde" von Martin Walser, zwei Vietnam-Gedichte von Erich Fried, von Christian Geissler Auszüge aus seiner Erzählung „Kalte Zeiten", die er auf der diesjährigen Karfreitagstagung der Dortmunder Gruppe 61 gelesen hat. Außerdem werden die beiden DDR-Schriftsteller Hermann Kant und Karl Mickel vorgestellt.

Während die übliche bundesdeutsche Kritik sich gerade noch mit Stücken beschäftigt, die unsere jüngste Vergangenheit behandeln – ohne dabei jedoch im wesentlichen über eine formal-ästhetische Betrachtung hinauszugehen –, werden gesellschaftliche Inhalte ebenso wie „nicht arrivierte" DDR-Schriftsteller von vornherein ignoriert. Bei einem Stück wie „Der Ermittlung" von Peter Weiss entlarven manche Kritiker ihren irrationalen, aus dem Faschismus herübergeretteten Antikommunismus. Da seine doktrinären Schemata nicht mehr ausreichen und er so glaubt, „weder politisch noch ästhetisch mehr s a u b e r argumentieren" zu können, kommt Günter Zehm zu einer verblüffenden gesellschaftlichen Analyse des Stückes: „In der Tat, nach allem, was wir über eine ‚Gehirnwäsche' wissen und darüber, wie es beispielsweise auf einer Gruppenversammlung der kommunistischen Partei zugeht, wo sich Menschen wegen irgendeiner ‚Abweichung' ‚rechtfertigen' müssen, brauchen wir nicht lange nach dem gesellschaftlichen Vorbild für die All-round-Uraufführung der ‚Ermittlung' zu fahnden. Die Elemente einer ‚innerparteilichen Auseinandersetzung' sind nahezu komplett. Die Sache selbst ist unantastbar, und schon damit wird die Denkfreiheit aufgehoben; das klebrige, oratoriumhafte Ritual bestimmt den äußeren Ablauf; die Bußfertigkeit des Delinquenten, der in aller Öffentlichkeit ‚bekennt', ist von vornherein einkalkuliert." [1]

Mit Beispielen, mit überzeugenden Argumenten und Analysen weist Jakob Mader im „kürbiskern" in seinem Essay „Parabase auf einen traumatischen Zustand" auf den Tiefstand in der politischen Diskussion und das gänzliche Fehlen einer echten Kritik an der Gesellschaft in der BRD hin. „Die Infektion des Antikommunismus – ‚die Grundtorheit der Epoche' (Thomas Mann) – verhindert jede Diskussion zur Sache." Zugleich weist Jakob Mader auf Möglichkeiten konstitutiver Veränderungen hin: „Die Intelligenz muß eine zielstrebige Unterstützung der Gewerkschaften betreiben und zwar in Form politischer und gesellschaftlicher Analysen, aus denen konkrete Forderungen abzuleiten sind. Dazu sollte eine systematische Aufklärung über die einzelnen Bereiche der von den Massenmedien gelieferten Trivialkultur erfolgen, an der sich die kapitalisierte Freizeit der arbeitenden Menschen ablesen läßt." [3]

Mit welch primitiven Mitteln eine Diskussion einfach abgeschnitten wird, zeigt der Artikel über die Anfänge des „Falles" Peter Weiss. Hier ist ein Brief abgedruckt, den Weiss an „Quick" gerichtet hat, nachdem er in dieser Illustrierten in einem offenen Brief von Matthias Walden massiv angegriffen worden war. Aber seine Stellungnahme war nicht erwünscht. Sie wurde von „Quick" nicht veröffentlicht.

In einem Briefwechsel zwischen dem Schriftsteller Werner Bräuning [4] und dem Mitherausgeber des „kürbiskern" Friedrich Hitzer geht es um die Schwierigkeiten schreibender Arbeiter in Ost- und Westdeutschland. An diesem Beispiel wird klar, daß richtig verstandene Ästhetik nichts mit Formalismus, nichts mit erlernbaren Techniken gemein hat, viel dagegen mit den politisch-kulturellen Bedingungen in einem Land und mit der historischen Entwicklung der Klassen. Nicht umsonst wirft Hitzer der Figur des Döring aus Bruno Gluchowskis Roman „Honigkotten" „Mangelndes Klassenbewußtsein" vor, weil er durch einen subjektiven Ausbruch versucht, sich von den Bedingungen seiner Klasse zu befreien. Aber hier beginnt schon die Gefahr einer normativen Ästhetik; denn die Arbeiterschaft und ihre Organisationen haben nicht erst seit 1945 ihren revolutionären Impetus verloren. Der Briefwechsel bietet jedenfalls zahlreiche Anregungen für eine fruchtbare Diskussion.

Daß die Spaltung der deutschen Literatur nicht entlang der Grenze verläuft, sondern zusammenhängt mit den Kulturen in den beiden deutschen Ländern, beschreibt Yaak Karsunke in dem Essay „Gespaltene deutsche Literatur". Nicht zuletzt liegt das an den realen Bildungsmöglichkeiten der westdeutschen Arbeiter, von denen sich die Intelligenz immer weiter entfernt und in einen unfruchtbaren Akademismus zu entarten droht.

Leider suchte man vergeblich nach Rezensionen dieser wirklich neuen Zeitschrift, obwohl sich ja sonst die etablierte Kritik bei Neuerscheinungen als Spürhund betätigt.

Wie soll ferner eine Literaturzeitschrift Verbreitung finden, wenn sie nicht einmal in einschlägigen Buchhandlungen zu bekommen ist? [5]

Werner Loch

[1] „Welt" vom 25. 10. 1965
[2] Mader, J. „Parabase auf einen traumatischen Zustand", S. 147
[3] ds. S. 153 u. S. 154 o.
[4] W. Bräuning ist z. Z. Assistent am Johannes-R.-Becher-Institut für Literatur in Leipzig.
[5] In Köln kann der „kürbiskern" immerhin bei der Bahnhofsbuchhandlung Ludwig erstanden werden. Das zweite Heft erscheint im Dezember 1965.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zweimonatszeitschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

Sachkundige Quelle · Internationale Autoren · Marxistische Position

Anfragen, Probehefte:

Marxistische Blätter · 6 Frankfurt/Main 21 · Postfach 136

jw-dienst vom 2. 10. 65

„Als ‚politisch verbrämt' hat ein Sprecher des SPD-Parteivorstandes den Rücktritt des SHB-Vorsitzenden H. H. bezeichnet. ‚Nur ein politischer Wirrkopf kann der SPD eine ‚zunehmende faschistoide Ausrichtung' unterstellen."

Offener Brief

Dr. Hajo Hauß

Z. Z. 8 München 2
Blumenstr. 3/III

An den
Vorsitzenden der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Willy Brandt

53) Bonn
Erich-Ollenhauer-Str. 1

München, den 7. 9. 65

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der SPD. Nach langer reiflicher Überlegung bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß ich es mit meinem Gewissen nicht länger vereinbaren kann, einer Partei anzugehören, die sich heute allem Denkbaren, nur nicht ihrem Namen verpflichtet fühlt. So stand unlängst in der „Bonner Depesche" zu lesen, nicht mehr das Wort SPD solle die Menschen an diese Partei erinnern, sondern das Wort „Ja".

Als die SPD unter Wehners Anleitung im Jahre 1960 die Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU begann, da hoffte ich wie manch anderer, es handle sich lediglich um einen vorübergehenden Schachzug mit Blick auf die Bundestagswahl von 1961, der mit ihr sein Ende finden werde. Leider trat das Gegenteil ein. Unter Ausschaltung jeder innerparteilichen Opposition wurden allmählich alle fortschrittlichen alternativen Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Deutschland- und Ostpolitik und der Kulturpolitik aufgegeben. Heute beteiligt man sich an der Privatisierung von Bundesunternehmen, fördert Konfessionsschulen und übertrumpft die Unionsparteien an irrationalem Antikommunismus und an Diffamierung der oppositionellen DFU. Heute redet man zwar noch gelegentlich von einem Friedensvertrag, lehnt es aber ebenso wie die Unionsparteien ab, den militärischen und allgemeinpolitischen Status Gesamtdeutschlands und dessen Ostgrenzen zu diskutieren. Zwar verlangt man eine Erhöhung der Ausgaben für soziale und andere „Gemeinschaftsaufgaben", will aber an der Höhe des Rüstungsetats nicht rütteln. Hat sich doch die SPD vielmehr unbedingt der U.S.-amerikanischen Außenpolitik, den amerikanischen nuklearen Projekten und der amerikanischen Kriegführung in Vietnam verschrieben. Fast alle Gründe, die einen politisch bewußten Menschen seinerzeit der SPD nahebrachten, sind heute hinfällig. Das müßten sich eigentlich viele Parteimitglieder eingestehen, Gustav Heinemann nicht ausgenommen. Wenn ich trotz dieser starken Bedenken im Frühjahr die Wahl zum Vorsitzenden des SHB angenommen habe, dann deshalb, weil ich glaubte, daß die SPD-Führung entsprechend ihren ständigen Versicherungen an die Adresse der Jugend die demokratische Willensbildung im SHB respektieren und die Zusammenarbeit mit einem unabhängigen SHB fortsetzen würde. Das stellte sich als schwerer Irrtum heraus.

Den letzen Anstoß für meinen Austritt aber gab die zunehmend faschistoide Ausrichtung der Partei, wie sie in diesem Wahlkampf besonders kraß zum Ausdruck kommt. Wenn sich heute die SPD als Heilmittel gegen „innere und äußere Zwietracht", gegen nationale „Schwäche" und gegen „Zersetzung" empfiehlt, wenn sie „das deutsche Haus wieder in Ordnung bringen" will, so appelliert sie an gefährliche Instinkte, treibt ein unverantwortliches Spiel. Hat man denn schon ganz vergessen, welche Kräfte in der Vergangenheit mit derartigen Parolen hausieren gingen? Wie will sich denn die SPD im Falle einer Regierungsbeteiligung verhalten, wenn sie die ganz natürlichen Meinungsverschiedenheiten in der heutigen Koalition als „Streit", „Zerrissenheit", „Zwietracht" rügt? Will sie etwa von vorneherein zu allem ja sagen, was der Koalitionspartner will, nur um „Einigkeit" zu bewahren? Ist es denn nicht wichtig, worin man einig ist; kommt es denn nicht mehr darauf an, den richtigen Weg zu gehen?

Wer sich ein kritisches Urteil bewahrt hat, den kann auch die sogenannte Einigkeit und Geschlossenheit in der SPD nicht beeindrucken. Er wird rasch erkennen, daß es sich nicht um eine Übereinstimmung aus innerer Überzeugung handelt, sondern um einen mit allen Mitteln erzwungenen Konformismus. Gerade das imponiert natürlich autoritären Geistern sehr und so ist es kein Wunder, daß Strauß und Martini Herbert Wehner, den Zuchtmeister und Verwandlungskünstler erster Ordnung, als großen „Staatsmann" preisen. Viele wollen in der Entwicklung der SPD seit 1959 eine Entideologisierung, eine Liberalisierung sehen. Sie wäre es, würde man nur Programm und manche Worte berücksichtigen. Sie wäre es, gäbe es in der Partei Freizügigkeit und Demokratie. Statt dessen aber ist sie in ihrer Geschichte noch nie so autoritär geführt worden wie heute, auch unter Bebel und Schumacher nicht. Noch selten gab es solche Grabesstille in einer großen Partei. So muß man die Wandlungen der letzten Zeit leider eher als Faschisierung denn als Liberalisierung bezeichnen.

Die SPD hatte im Nachkriegsdeutschland eine klare Aufgabe: jedes Wiedererwachen des Faschismus zu verhindern, unerschrocken für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft einzutreten und um eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu ringen. Diese Aufgabe hat die SPD-Führung verraten. Sie hat sich von der Aussicht auf ein paar Ministersessel korrumpieren lassen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß das deutsche Volk das goutieren wird. Aber wenn schon Opposition, dann lieber eine geradlinige, politische, ehrliche und überzeugende Opposition als die Tragikomödie einer auf Dauer verhinderten Regierung. Sollte es noch einmal eine SPD geben, die diesen Namen verdient, so werde ich wieder zur Stelle sein.

gez. Dr. Hajo Hauß

Rheinischer Merkur vom 17. 9. 65 in „Politisches Journal":
„Peinlich für die SPD. Da gibt sich Herbert Wehner alle Mühe, um die Partei gutbürgerlich zu präsentieren – und 8 Tage vor der Wahl kommt der sozialistische Nachwuchs daher und macht unversehens häßliche Kratzer in den Lack . . . Man könnte über die Herzensergüsse der rebellierenden Jungakademiker zur Tagesordnung übergehen, wenn sie nicht deutlich zeigten, welcher Wind in den Reihen des sozialistischen Nachwuchses weht. Hier sammeln sich die Leute, die sich berufen fühlen, einmal die gesellschaftliche Neuordnung unseres Landes in die Hand zu nehmen. Sie denken nicht daran, Wehners Assimilationsversuche an das Bürgertum mitzumachen . . ."

iza bestellen – informationen zur abrüstung – iza bestellen

Informieren Sie sich laufend über die Problematik der Abrüstung? Wollen Sie den örtlichen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung ein wenig unter die Arme greifen?

Sie können beides miteinander verbinden, indem Sie die

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

bestellen.

Die IZA bringt laufend Diskussionsbeiträge zur Problematik der Abrüstung, Stellungnahmen aus der internationalen Presse und Berichte aus der Kampagne. Der örtliche Ausschuß fügt außerdem noch eine Sonderbeilage für Köln, mit Diskussionsbeiträgen und Informationen aus dem Kölner Raum bei.

Halbjahresabonnement: DM 8,–. Darin sind enthalten: Bezugsgebühr, Porto, Kölner Sonderbeilage und ein Betrag zur Unterstützung der Arbeit des Kölner Ausschusses. Richten Sie Ihre Bestellung bitte an: Jürgen Laimer, 5 Köln-Vingst, Burgstraße 9.

'Baasskap' gegen schwarze Emanzipation

Aspekte der Politik Rhodesiens

Nach Ende des II. Weltkrieges nutzten die ehemaligen afrikanischen Kolonialländer ihre Chance, zwischen den Fronten des kalten Krieges die nationale Unabhängigkeit zu erringen. Seit einigen Jahren bedroht die Woge schwarzer Emanzipation auch das Erbe Cecil Rhodes, den Süden des Kontinents, der bis heute eine Bastion weißer Vorherrschaft, ein Fossil des Kolonialzeitalters geblieben ist.

Acht Prozent der Weltbevölkerung leben in Afrika, aber alle nationalen Wirtschaften des Erdteils zusammen sind nur mit 2 % an der Weltproduktion beteiligt. Unterm Druck bornierter ökonomischer Interessen der europäischen Industrieländer wurden die natürlichen Potenzen der Kolonien nur einseitig entwickelt: Afrika diente als Rohstofflieferant und unerschöpfliche Quelle menschlicher Arbeitskraft, die fast umsonst da war. Die Löhne afrikanischer Arbeiter gehören noch immer zu den niedrigsten der Welt. „Das vom Ausland angelegte und imperialistisch geschützte Kapital verlangte nichts als die Sicherung seiner hohen Profitrate in dem einen Bezirk seiner Investierung und zeigte keine Neigung, sich auf andere Gebiete zu erstrecken und eine rationale industrielle Produktion in Gang zu bringen... Wo immer rationale Berechnung von Arbeits- und Produktionskosten in Konflikt geriet mit rassischen Erwägungen, wurde die erstere den letzteren geopfert, ganz gleich wie hoch der Preis war" (Hannah Arendt). Die durch oberflächliche Berührung mit europäischer Zivilisation und Medizin ausgelöste Bevölkerungsexplosion übersteigt die Kapazität der primitiven, unentwickelt gebliebenen einheimischen Landwirtschaft bei weitem, – die einseitige Entwicklung der Kolonien verhindert eine Vermehrung industrieller Arbeitsplätze. Die Folge ist die absolute Verelendung der Bevölkerungen der unterentwickelten Länder. Harold Wilson schrieb 1953 in seinem Buch „The War on World Poverty": „Für die überwiegende Mehrheit der Menschen ist das brennendste Problem weder Krieg noch Kommunismus, ... sondern der Hunger." Nach UNO-Statistiken sind zwei Drittel aller Menschen ständig mangelhaft ernährt, und die FAO gab vor wenigen Tagen bekannt, daß der Krieg gegen den Welthunger verloren gehe. Herstellung einer Ökonomie, die die rasch anwachsende Bevölkerung vom Hunger befreit, – das ist das soziale Ziel jeder politischen Unabhängigkeitsbewegung.

In Südafrika und Rhodesien besteht eine besondere Situation. Das Unabhängigwerden dieser Gebiete von den europäischen industriellen Zentren bedeutet nicht die Emanzipation der farbigen Bevölkerung, sondern den Versuch der seßhaft gewordenen weißen Minorität, den kolonialen Status quo mit allen Mitteln zu prolongieren und die Niederhaltung der eingeborenen Bevölkerung zu intensivieren. Aufgrund der guten klimatischen Bedingungen und der leicht auszubeutenden Reichtümer haben sich in diesen Ländern größere Gruppen von Europäern niedergelassen, die inzwischen Afrika als ihre Heimat betrachten und nicht einsehen, weshalb sie nun plötzlich die überkommene Position einer privilegierten Minderheit aufgeben sollen. Die Antwort der weißen Farmer und Industriellen auf die Forderungen der schwarzen Opposition, die Vorschläge der alten Kolonialmächte und die UNO-Appelle ist die polizeiliche Unterdrückung, der Ausbau des Militärapparats, die systematische juristische Kodifizierung der Politik der Rassentrennung („Apartheid"), der Ausbau der Rassen-Ideologie und die Inhaftierung oder Deportation der farbigen Führer. Die rassistischen Regime im afrikanischen Süden stellen eine schwere Belastung der „Freien Welt" dar, deren Politik gegenüber den unterentwickelten Ländern heute unter der Devise der „Partnerschaft" steht.

Was ist unter „Apartheid", „Baasskap" zu verstehen?

Hendrik Verwoerd, der Ministerpräsident Südafrikas, formulierte es 1953 so: „Es ist ein schwerer Fehler, wenn sich die Eingeborenen unseres Landes an die Erwartung gewöhnen, daß sie bald unter Verhältnissen der politischen Gleichberechtigung leben werden. In unserer Gesellschaft ist oberhalb eines bestimmten Niveaus manueller Tätigkeit für sie kein Platz." Gegen die liberalen Vorschläge verdrängten Stämme und ihr ethnozenmachte J. G. Strijdom, der derzeitige Premier, im gleichen Jahre den Einwand: „Wenn wir die Herrenvolk-Idee verwerfen und ...wenn das Wahlrecht auf die Nichteuropäer ausgedehnt wird, ...wenn sie sich auf gleicher Ebene mit den Weißen entwikkeln können, – wie kann der Weiße dann Baas (Herr) bleiben?"

Diese Denkweise ist Produkt des 300-jährigen Zusammenlebens von Buren (später Engländern) und Afrikanern in einer Sklavenhaltergesellschaft. Die militärische und technische Überlegenheit der europäischen Einwanderer, ihre Angleichung an den Lebensstil der von ihnen unterworfenen oder verdrängten Stämme, und ihr ethnozentrisch interpretiertes Christentum amalgamierten sich zum Sendungsbewußtsein des burischen „Herrenvolkstums", zur antidemokratischen Ideologie des „christlichen Nationalismus", der im deutschen Nationalsozialismus sein Pendant erkannte und nach dem Kriege in der organisierten Rechtlosigkeit und dem Massaker von Sharpeville seine politische Praxis fand. „Das Unerhörte und Grauenhafte der Geschichte der Buren und ihrer Verwandlung aus einem Volk in einen weißen Rassestamm ist in Europa eigentlich erst in den dreißiger Jahren allgemein bekannt geworden, als die bewußt rassische Politik der Südafrikaner und ihre außerordentlichen Sympathien für Nazi-Deutschland sie so offenkundig in Gegensatz zu allen an-

sammlung insel

„Literatur des besseren Deutschland"
Konkret

Im Januar 1966 liegen neu vor:

13 **Jean Paul:**

Politische Fastenpredigten

Nachwort von Hans Mayer

160 Seiten. Leinen DM 6,–

Vor dem Hintergrund der Befreiungskriege analysiert und ironisiert Jean Paul (1763–1825) die demagogische Verzopftheit deutscher Winkelpolitik.

„Das ist bester Jean Paul, und es ist auch, politisch gesehen, ein sehr deutlicher Jean Paul." Hans Mayer.

14 **John Gay:**

Die Bettleroper

Übersetzt von Hans Magnus Enzensberger.

Etwa 136 Seiten. Leinen DM 5,–

Mit einer Verteidigung der „Bettleroper" von Jonathan Swift.

John Gay (1685–1732) studierte die Londoner Unterwelt im Detail und parodierte in der „Bettleroper" (1728) die Mißstände der Gesellschaft.

„...selbst Staatsminister, die er am meisten beleidigt haben soll, erschienen oft im Theater, im Bewußtsein ihrer eigenen Unschuld und um die Welt zu überzeugen, eine wie ungerechte Parallele zur Regierung Bosheit, Neid und Unzufriedenheit gezogen haben." Jonathan Swift (geschrieben in Irland im Jahr 1728)

Die „sammlung insel" ist in jeder Buchhandlung erhältlich. Die Bände 15 und 16 erscheinen im März. Prospekt beim Buchhändler oder durch den Verlag.

Insel Verlag
6 Frankfurt / Main 1

Postfach 3001

deren britischen Dominions brachte" (Hannah Arendt).
Die Apartheid gewinnt unter der weißen Minorität der südafrikanischen Staaten als Ideologie und praktische Politik in gleichem Maße an Einfluß, wie der innere und äußere Druck der schwarzen Emanzipationsbewegung zunimmt. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung der Regierung Smith signalisiert das Übergreifen der Apartheid auf Rhodesien. Sir Godfrey Huggins, der Ex-Premier der zentralafrikanischen Föderation, erklärte soeben: „Es war an der Zeit, daß die Leute in England zu der Einsicht kamen, daß der weiße Mann in Afrika nicht gesonnen ist und nie gesonnen sein wird, den Afrikaner gesellschaftlich oder politisch als seinesgleichen anzusehen."
Das heutige Rhodesien war, zusammen mit anderen Territorien, die das britische Mutterland um ein Vielfaches übertrafen, zunächst eine Privaterwerbung von Cecil Rhodes, dem englischen Pendant zu Carl Peters. Bis zum Jahre 1923 herrschte eine private Firma, die „British South Africa Company" über Rhodesien; hierin liegt die Wurzel der spezifischen sozialökonomisch-politischen Schwierigkeiten des Landes, die soeben zum Konflikt mit England geführt haben. Sieben Jahre nach der Annexion durch die britische Krone, im Jahre 1930, wurde durch den „Land Apportionment Act" die kolonialistische Landnahme juristisch fixiert. Die „Magna Charta der Weißen" teilte 48 % des Landes den 1,1 Millionen Afrikanern und 52 % den 52 000 Weißen zu. Ein rhodesischer Beamter rechtfertigte dies Verfahren mit den Worten: „Wir sind in diesem Land, weil wir eine höhere Zivilisation repräsentieren, weil wir bessere Menschen sind. Es ist unsere einzige Entschuldigung dafür, daß wir das Land genommen haben." Vor 3 Jahren wurde die Landverteilung geringfügig revidiert. Nun verfügen 233 000 Weiße über 41 Millionen acres (1 acre 0,4 ha) Land, und 3 690 000 Afrikaner über 44 Millionen acres. Während die Mindest-Land-Zuteilung an weiße Einwohner 750 acres umfaßt, haben die von Afrikanern bewirtschafteten Farmen eine Durchschnittsgröße von 22 acres. Zwei Millionen der Afrikaner leben in den Reservaten, eine Million arbeitet auf den Farmen der Weißen, der Rest bildet ein schwarzes städtisches Proletariat am Rand der größeren Städte.

Franz J. T. Lee

Sonderdruck aus Heft 9/65 d. „Blätter"

Reinhard Opitz

Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"

30 S. brosch. DM 1,50

Hans Heinz Holz
Paul Neuhöffer

Griff nach der Diktatur?

Texte, Kommentare, Stellungnahmen zur geplanten Notstandsgesetzgebung (bis Sommer 1965)

192 S. glanzkart. DM 5,80

Blätter für deutsche und internationale Politik

XI. Jahrgang 1966

entschieden demokratisch

Monatlich ca. 80 Seiten

Einzelheft DM 3,–
im Abonnement vierteljährlich DM 7,50
für Studenten DM 6,–

Probehefte werden auf Wunsch übersandt

Pahl-Rugenstein Verlag Köln, Barbarossaplatz 2

Uns fiel auf:

Die Weltwoche, 3. Dezember 1965 / Nr. 1673

Vietnam als intellektuelle Prüfung – auch in Deutschland

Gespräch mit Martin Walser

„Ich habe schon im Sommer versucht, Herrn Augstein zu veranlassen, etwas zu tun, auf Europa ausgeweitet, alle möglichen Leute zu veranlassen, den Amerikanern zu sagen, daß sie nicht einverstanden sind. Man weiß doch, daß Präsident Johnson sehr empfindlich ist gegen die Äußerungen von Wissenschaftlern und Intellektuellen. Es würde sicherlich nützen, wenn die europäischen Intellektuellen von Heisenberg bis Vittorini und Sartre protestierten. Es würde vor allen Dingen den Menschen in den Vereinigten Staaten, die ja gegen die Politik ihres eigenen Landes Stellung nehmen müssen, helfen; denn diese befinden sich in einer schlechten Position, da sie gegen die offizielle Meinung ihres Staates stehen. Augstein hielt sich nicht für den richtigen Mann einen solchen Protest in Gang zu setzen."

„Grass wollte mich während des Wahlkampfes gerne für die SPD anheuern. Ich sagte ihm, ich würde mitmachen, wenn die SPD gegen die Vietnampolitik der USA Stellung nehmen würde. Ich finde es lächerlich, über irgend etwas anderes zu diskutieren. Es soll doch nicht so aussehen, als ob ganz Europa billigte, was die Amerikaner da tun. Wir müssen uns darüber klar sein, daß Vietnam auch in unserer Verantwortlichkeit liegt. Wir sind doch bei jedem Schuß, der dort fällt, dabei."
„Seit sich in Vietnam zeigt, daß unsere engsten Freunde in jedem Jahrzehnt mindestens einen rechten Krieg brauchen, weil sie sonst ihr Gesicht verlieren würden, seitdem ist die Atombombe nicht mehr bloß eine rhetorische Schreckphrase, sondern eine Waffe, die täglich möglicher gemacht wird, für deren Anwendung wir zur Zeit psychologisch geschult werden mit jeder Nachricht aus Vietnam. Die Amerikaner können doch wirklich nichts dafür, wenn man sie am Ende noch zwingt, die Atombombe einzusetzen, nachdem man sie seit langem zwingt, eine B 52 nach der anderen in dieses widersetzliche Land zu schicken. Die Amerikaner können es sich leisten, dort so aufzutreten, sie sind die Stärkeren. Also stellen sie für Verhandlungen Vorbedingungen, als hätten sie schon gesiegt. Offenbar können wir ganz beruhigt sein. Amerika wird auch uns schützen. Schließlich schützt Amerika dort einen Regierungschef, der erklärt hat, sein einziges Vorbild sei Hitler. Wenn man sieht, wie wenig es den Vietcong nützt, auf Marx und Engels zu schwören, spürt man, wir sind ganz allgemein auf der besseren Seite. Die Sowjets wahren einfach ihr Gesicht nicht. Unser amerikanischer Freund hat empfindlichere Vorstellungen von Kosmetik. Aber wir, die engsten Freunde, wie verhalten wir uns jetzt zu seinem Kriegs-Make-up? Müßten wir ihn nicht stärker unterstützen, auf daß er uns in Zukunft besser hält? Die Presse zieht gut mit, berichtet in der Expertensache über kriegerische Wahrung eines Gesichts. Aber die Parteien?

Sie nuscheln mal was in Washington schnell hinter der Tür, aber hier, an Ort und Stelle, im Parlament, schweigen sie. Einem engsten Freund hat man in einer solchen Notlage anders zu begegnen. Entweder sagt man: „Ja, ja", und dann schickt man nicht nur ein Klinomobil, sondern einen Posten Eßlinger oder Nagolder oder treue Hessen. Oder man sagt: „Nein". Möglich, es ist einer der Ansicht, vor uns, vor Europa, vor der Welt müßten die USA ihr Gesicht nicht in dieser Weise wahren. Da könnte einer ja sagen, zum Beispiel, daß er das andere Gesicht der USA, das weniger wahrungsbedürftige, daß er das vorzieht. Wenn diese Staaten die Amerikaner davon überzeugen würden, dann hätten die es gar nicht mehr nötig, auf ihrem Kriegsgesicht zu bestehen und das Gesicht des vietnamesischen Volkes zu zerstören."

Hurra –
gewonnen
und außerdem
gespart!
SPRENGEL
PS
durch
PRÄMIEN
SPAREN
bei der
SPARKASSE DER STADT KÖLN
HAUPTSTELLE HABSBURGERRING 2-12 · ZWEIGSTELLEN IN ALLEN STADTTEILEN